



Amtliche Bekanntmachungen
der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg
9/2019 (6. Februar 2019)

Erste Satzung zur Änderung der Geschäftsordnung für Gremien der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg

vom 06.02.2019

Auf Grund von § 10 Abs. 8 des Landeshochschulgesetzes (LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1) in der Fassung vom 1. April 2014 (GBl. S. 99), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. März 2018 (GBl. S. 85) hat der Senat der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg am 31.01.2019 die folgende Änderungssatzung der Geschäftsordnung beschlossen.

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den amtlichen Bekanntmachungen der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg in Kraft.

Ludwigsburg, den 06.02.2019

Prof. Dr. Martin Fix
Rektor

Artikel 1

Die Geschäftsordnung für Gremien der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg vom 15. November 2006 wird wie folgt geändert:

1. In § 1 „Geltungsbereich“ werden in Abs. 1 die Ziffer 4 „SPA“ ergänzt. Der Absatz 2 wird gestrichen.
2. § 3 „Teilnahmepflicht“ wird wie folgt ergänzt:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Ordnung gilt für die nachfolgend genannten Gremien:

1. Senat
2. Fakultätsrat
3. Institutsversammlung, soweit in der jeweiligen Verwaltungs- und Benutzungsordnung keine Regelung getroffen wurde.

4. SPA

§ 3 Teilnahmepflicht

Die Mitglieder des Gremiums sind zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet. Im Falle der Verhinderung ist die/der Vorsitzende zu benachrichtigen. Das an der Teilnahme verhinderte Mitglied muss seine/n Stellvertreter/in benachrichtigen. Ist ein "Mitglied kraft Amtes" verhindert, ist von diesem die Stellvertreterin/der Stellvertreter zu benachrichtigen. Ist ein Wahlmitglied verhindert wird es zunächst von/vom der ersten Stellvertreter/in aus ihrer/seiner Gruppe vertreten. Soweit bei dieser/diesem ein Vertretungs- oder Verhinderungsfall gegeben ist, dann jeweils von der nächsten Vertretung. Die an der Teilnahme gehinderten Mitglieder sind verpflichtet die Stellvertretungen zu benachrichtigen. Die Einladung zur Sitzung gilt dann für diese/n. Teilnahme- und Mitteilungspflicht gelten entsprechend für die Stellvertretungen.

Artikel 2